

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 14 Rpfl., die 29 mm breite mm-Zeile im 2 geteilt 1,10 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühren für Druckabgaben 30 Rpfl. auschl. Porto. Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Frachtposten monatlich. Goldmonat 1,00 RM. Postbezugspreis 2,00 RM. einchl. 45 Rpfl. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Streubestellungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpfl., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpfl.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach - Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 - Telegr.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Viktorialstr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Abherlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder juristisch noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages

Nr. 93 / 45. Jahrgang

Mit der Beilage „Junge Kolonnen“

Freitag, 19. April 1935

Genf im Dienste Moskaus

Der frühere bulgarische Ministerpräsident Jankoff verbannt — Die Verhandlungen Laval-Litwinow — Die Dardanellenfrage taucht wieder auf

Neue Krise in Bulgarien

Kampfanlage der bulgarischen Regierung an die Nationalsozialisten

× Sofia, 18. April. (Durch Funkdruck)

Auf Befehl der Regierung wurde am Donnerstag früh der frühere Ministerpräsident und Führer der im vorigen Jahr aufkommen mit den übrigen parteipolitischen Organisationen angeführten nationalsozialistischen Bewegung Prof. Dr. Alexander Jankoff, festgenommen und nach der Hafenstadt Burgas am Schwarzen Meer verbannt; er wurde unter polizeilicher Bedeckung sofort abgehoben. Zusammen mit Jankoff sind noch folgende Persönlichkeiten nach Burgas verbannt worden: der ehemalige Ministerpräsident Oberst B. N. Simon Georgiew, dessen früherer Kabinetschef Karakoloff, der frühere Volksbildungsminister Karakoloff, Oberleutnant A. D. Porsoff sowie der ehemalige Abgeordnete der Jankoff-Bewegung Dimitroff. Man erwartet, daß auch der Oberst A. D. Porsoff, der Organisator des Staatsstreiches vom 19. Mai 1934, interniert wird.

Die Verbannungen erfolgten, nachdem Jankoff einen auffordernden Brief an seine Anhänger und an zahlreiche politische Persönlichkeiten gerichtet hatte. In diesem Brief hatte er sich in scharfer Weise mit der Regierungspolitik auseinandergesetzt, befehlensmäßig Rückkehr der Armee aus der Politik in die Kasernen und Wiederherstellung der vollen Rechte des Königs verlangt, da sonst dem Land schwerste Erschütterungen drohten. Jankoff gilt besonders in weiten Kreisen als der kommende Mann. Die Verbannungen werden allgemein als Kampfanlage der Regierung an die Partei nationalsozialistische Bewegung gewertet.

Drei Minister zurückgetreten

× Sofia, 18. April. (Durch Funkdruck)

Wie von unbedingt zuverlässiger Seite verlautet, werden im Laufe des heutigen Nachmittags Außenminister Batoloff, Justizminister Dickoff und Wirtschaftminister Jankoff ihren Rücktritt erklären.

Dieser Schritt der drei Minister steht in Verbindung mit der heute früh erfolgten Verbannung zahlreicher bekannter Persönlichkeiten des politischen Lebens. Als Anhänger der Jankoff-Bewegung und Gegner der Verbannung Jankoffs beschloßen Dickoff und Moloff im Verlaufe des heutigen Vormittags,

Ministerpräsident General Stoleff ihren Rücktritt zu überreichen mit der Begründung, daß sie die gegen Jankoff ergriffene Maßnahme nicht billigten.

Diesem Vorgehen hat sich auch Außenminister Batoloff angeschlossen, der sich schon seit einigen Wochen mit Rücktrittsgedanken trägt. In politischen Kreisen nimmt man allgemein an, daß der Rücktritt der drei Minister nicht ohne Weiteres für die Lage des Gesamtstaates bleibend werden werde. Ob es indessen zu einem Rücktritt der Regierung kommen wird, ist noch nicht abzusehen. Alle Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß die innerpolitische Lage außerordentlich gespannt ist. In den Kreisen der nationalsozialistischen Bewegung

herrscht über die Verbannung Jankoffs größte Erregung.

Bei der Abfahrt des Jankoff und die übrigen Verbanneten nach Burgas brachte, hatten sich zahlreiche Anhänger Jankoffs am Bahnhof eingefunden, die ihm lebhaftste Beifallsbekundungen darbrachten.

In der Verbannungsliste von Jankoff erklärte heute mittags Innenminister Kuleff vor Pressevertretern, die Regierung habe schon seit längerer Zeit davon Kenntnis gehabt, daß Jankoff nach wie vor in Verbindung mit den Anhängern seiner ausgeführten Bewegung gehandelt und sich, wie sein Brief vom 15. April gezeigt habe, parteipolitisch betätigt habe, was im Widerspruch zu der Gesetzesverordnung über die Auflösung der Parteien gewesen sei.

17 Südtiroler im Februar verbannt

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 18. April

Unter den 17 Südtirolern, die im Februar insgesamt aus ihrer Heimat verbannt wurden, befindet sich ein gewisser Siegfried Holzner, ein 19jähriger Bauernbursche aus der Nähe von Gollersdorf. Bei den Wintermanövern waren in seinem Hause Soldaten einquartiert, die sich stets in der Bauernstube wärmten und ihre Sachen trocknen durften. Bei diesem Anlaß ergab sich ein politisches Gespräch, bei dem Holzner äußerte, daß er lieber bewußt als weilsch sei. Die italienischen Soldaten haben zum Dank für die Gastlichkeit Holzners diese Weigerung angeleitet.

Abschluß des Pacts Paris — Moskau

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 18. April

Die Pariser Presse richtet heute das Hauptaugenmerk auf die gestrige vierstündige Unterredung zwischen Laval und Litwinow. Wie die Pariser Blätter übereinstimmend verkünden, sei in dieser Unterredung der Vertrag mit Moskau praktisch fertiggestellt worden; er könne im nächsten Ministerrat der französischen Regierung am Karfreitag paraphiert werden. Aber die Formel des Abkommens erfahren Litwinow habe, unterstützt von dem Rumänen Titulescu und dem Türken Wäsihi Kraus, den „wichtigen Automatismus“ der gegenseitigen Hilfeleistung gefordert. Darauf hat Frankreich nicht eingegangen, weil es sich nicht vollständig dem Gutdünken der Moskauer Politik verschreiben wolle. Frankreich habe sich, so fügt der „Petit Parisien“ hinzu, die Freiheit des Urteils in unklarerer Fälle vorbehalten müssen. Auch habe noch die hauptsächlichste juristische Schwierigkeit vermieden werden müssen, daß nämlich auf Grund des Vercarnopacts Frankreich etwa von England und Italien, den Garanten der Rheinlandzone, als Angreifer angesehen werden könnte, wenn es zur Hilfeleistung von Moskau diese Zone verlassen müßte. Es seien daher, fügt der „Petit Parisien“ hinzu, „Königliche Vorstandsregeln“ getroffen worden, und zwar ähnlich denjenigen, die einst gewählt worden seien, um das französisch-polnische Bündnis

mit dem Vercarnopact in Einklang zu bringen. Diese Vorstandsregeln befinden sich, wiebel der „Matin“, daß „praktisch in allen Fällen“ der Völkerbundsrat angerufen werden muß. Allerdings sei dabei Vorzorge getroffen, daß der Völkerbundrat im Notfall innerhalb von 48 Stunden zusammenzutreten. Wenn nun aber Moskau mit dieser Formel wenig einverstanden sei, wiebel wiederum der „Petit Parisien“, würde die Reise Laval nach Warschau und Moskau wahrscheinlich auf die Zeit zwischen dem 6. und dem 17. Mai vertagt werden. Die endgültige Entscheidung hierüber werde am Freitag im Ministerrat der französischen Regierung fallen.

Die Stellungänderung Laval's in der Frage des französisch-russischen Bündnisvertrages wird natürlich von den französischen Außenfreunden stark kritisiert. Hier tut sich wieder Vertinax im „Echo de Paris“ hervor. Abermals, so erklärt er, habe Laval nicht endgültig zwischen Berlin und Moskau wählen wollen. Man wisse ja, daß Laval persönlich sich viel lieber mit Berlin verständigen würde, selbst um den Preis, „unser Bündnis aufzugeben“. Das rechtsstehende Blatt tritt hier in Arm mit der kommunistischen „Dumanté“ gegen Laval in die Schranken, denn auch der „Dumanté“ kann der Ansicht des französisch-russischen Bündnisses nicht rats genug geben. Man erkennt deutlich die große Verwirrung der Beurteile in der französischen Politik.

Am Gängelbände Litwinows

Der Vorgang im Genfer Theater ist gefallen. Die widerliche Gerichtsmöbde, die aufgeführt wurde, ist zu Ende. Wie wir schon gestern im allergrößten Teil der Auflage berichteten, hat der Rat der Stimmhaltung Dänemarks die Annahme der von Frankreich, Italien und England eingebrachten Entschuldigungsbeschlüsse.

Mit alleiniger Ausnahme des kleinen Dänemark haben sich also die Nationalmächte dem Trud der großen Staaten gebeugt. Der Beschluß entstand in der bekannten Atmosphäre der Erpressung, die dem Völkerbund anhaftet und die immer wieder daran erinnert, daß er ein Teil des ebenfalls durch Erpressung zustande gekommenen Versailler Friedensinstrumentes ist. Mit Recht erinnern die „Times“ heute zur Zeit, die ein sehr kurzes Gedächtnis hat, an die Art und Weise, wie im Jahre 1919 der Friedensvertrag den Deutschen abgepreßt wurde. Es ist einladend, das Wort von der „Heiligkeit“ der Verträge überhaupt noch in Zusammenhang mit diesem Dokument der Erpressung zu bringen.

Besonders grotesk wurde die Gerichtsmöbde durch das Auftreten des russischen Volkskommissars Litwinow, der sich in Weisheit der großen Stars spielte wie ein Provinzialschauspieler dritten Ranges, der durch Zufall einmal auf einer Großstadtbühne spielen darf.

Für einen künftigen großen politischen Komödiendichter vom Range eines Aristophanes bietet dieses Auftreten des kommunistischen Litwinow in der Rolle eines Sophistensprachführers für die Unheilvolle Allianz der hochkapitalistischen Weltmächte unerschöpflichen Stoff. Es muß doch nicht alles so gut in der Sowjetunion stehen, wie die bolschewistische Propaganda der Welt immer weiß machen will, wenn sich der Vertreter der kommunistischen Revolution zum Mittel der von ihm selbst noch bis vor kurzem kurzer Zeit mit Erbitterung bekämpften westlichen Welt vergibt.

Der „Politische Beobachter“ zitiert heute, um die Verlogenheit der Genfer Vorgänge ins rechte Licht zu setzen, einen in Moskau gefaßten Beschluß des Politbüros vom 3. April 1935, in dem es wörtlich heißt: „Das Politbüro teilt in vollem Umfange den Standpunkt des Genossen Stalin, daß das System der Garantiepolitik der Sicherheit und der gegenseitigen Hilfeleistung für die Sowjetunion in keiner Weise einen Selbstzweck darstellt. Wenn der bewußte Zusammenschluß zwischen den imperialistischen Gruppierungen in Europa und Asien bestimmt keineswegs eine automatische aktive Einmischung der Sowjetunion in den Krieg vorant, kann sie aber unter gewissen Umständen als die erste Etappe der Realisierung der revolutionären Weltbewegung unter dem Banner der Dritten Internationale erweisen.“

Hier wird in voller Offenheit das letzte Ziel der sowjetrussischen Europapolitik klargelegt, wie wir es an dieser Stelle schon oft angedeutet haben. Der Schwere ist ein reines Täuschungsmanöver. Ziel Moskaus bleibt noch wie vor die Weltrevolution, und diese Weltrevolution soll aus einem neuen Weltkrieg hervorgehen, den beschleunigend sich Moskau durch seine jegliche Politik und auch durch die gestrige Rede Litwinows alle Mühe gibt.

Jammervoll aber ist die Haltung des Völkerbundes, der sich widerstandslos für diese Politik fügen läßt. Er hat sich gestern den mehrheitlich hartnäckigen Schlag seiner Weisheit verweigert. Die Kluft zwischen Berlin und Genf ist unweigerlich groß geworden, und wir müssen es Genf überlassen, wie man sich die Ausfüllung dieser Kluft unter den jetzigen Umständen dort vorstellt. Vielleicht kommt man auch dort in nicht allzu langer Zeit zu der Erkenntnis, die heute von „Stockholm Tidningen“, der großen schwedischen Zeitung, ausgesprochen wird, daß der gestrige Beschluß in Genf „der ungünstigste der bis jetzt in dieser hohen Institution zuhande gekommenen Beschlüsse ist“.

Die „Times“ über Versailles

Ein Beitrag zur „Heiligkeit“ der Verträge

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 18. April

England hat es nicht leicht, ein einseitiges Urteil über die gestrige Völkerbundrats-Sitzung zu fällen. Neben der „Verurteilung“ Deutschlands findet die ständige aufwachsende, aber doch schon sehr alte türkische Forderung nach Befreiung der entmilitarisierten Dardanellen-Zone und ebenso Litwinows heftige Regalationsrede ganz besondere, aber nicht gerade sehr freundliche Beachtung. England sieht sich in der Rolle des Janberstümmels, der die Weisheit, die er rief, nicht mehr lauswerthen kann. Es ist fast bezeichnend, zu sehen, wie die Blätter sich bemühen, Litwinows Rede zu mißbilligen, ohne dabei das noch so parteiische Völkchen der neuen russisch-englischen Freundschaft gleich zu tadeln. Den Hauptraum nimmt naturgemäß die deutsche Frage ein. Kein Blatt verläumt es, Macdonalds gestern mehrfach wiederholten Satz, daß die Türe für Deutschland noch immer offen sei, auf die mannigfaltigste Weise abzuwandeln. Man ist sich gleichzeitig darüber klar, daß der Satz nicht viel mehr als eine schöne Phrase ist, die mit der Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen ist. Überall hört man die Frage:

„Was wird Deutschland jetzt tun?“

Und schon allein diese Fragestellung beweist, daß man in England keineswegs seit davon überzeugt ist, daß die Tür zur Zusammenarbeit wirklich noch offen ist. Man erdriert alle möglichen Kombinations, und man offensichtlich ist den Engländern trotz ihrer fröhlichen Behauptung: „Die Tür bleibt offen“ nicht ganz wohl zumute. Wirkliches Verständnis für die deutsche Haltung ist nur an ganz wenigen Stellen zu finden. Doppelt erfreulich ist daher, daß auch heute morgen die „Times“ wenigstens den Versuch machen, der deutschen Auffassung gerecht zu werden. Das Blatt knüpft an Macdonalds Unterhandlungserklärung an und stellt sich zunächst ganz auf den Standpunkt des Premier in der Beurteilung der Wiedereröffnung der Wehrpflicht, indem sie mehrfach davon spricht, daß die deutsche Vertragsfindung „ein neues Unruheelement“ (1) in die internationale Lage gebracht

habe. Die inzwischen aus Deutschland hier eingetroffenen Stimmen scheinen aber auf die „Times“ nicht ganz ohne Eindruck geblieben zu sein. Die Erklärung des Völkerbundrates, daß Deutschland nicht die ihm auferlegten Pflichten erfüllt habe, so erklärt das Blatt, sei formal richtig. Aber es sei nicht die ganze Wahrheit. Naturgemäß betrachte man in Deutschland die Völkerbundsentscheidung als eine parteiische und einseitige Erklärung. Der Völkerbund sei in Deutschland immer als ein Instrument der Siegerflotten angesehen worden. Dann fährt die „Times“ fort:

„Es ist bedauerlich, daß von einer Körperlichkeit wie dem Völkerbund nicht irgend etwas getan worden sei, um die besonderen Umstände, unter denen sich Deutschland seinen Verpflichtungen entziehen hat, deutlich zu machen. Es würde den guten Ruf des Völkerbunds als unparteiische Instanz verbessert haben, wenn sich wenigstens eine Stimme erhoben hätte, um noch einmal die Methoden ins Gedächtnis zurückzurufen, unter denen der Vertrag Deutschland auferlegt wurde. Deutschland hat ihn buchstäblich unter den Spigen der Bajonette unterzeichnet. Zur Zeit der Unterzeichnung haben die deutschen Vertreter ausdrücklich Protest erhoben und erklärt, daß sie nicht in der Lage sein würden, alle seine Bestimmungen durchzuführen.“

Die „Times“ erinnern an den Rücktritt Brodbeck-Rauhau sowie noch einmal an den Protest Ganiel und fahren dann fort:

„Nicht eher als bis Marshall noch den Befehl gab, sich innerhalb von drei Tagen für einen Waffenstillstand bereit zu halten, stimmten die Deutschen einem Frieden zu, an dem sie selbst kaum Anteil haben. Das Verfahren in Paris war völlig verschieden von jeder bisherigen Praxis. Auf allen vorhergehenden Friedenskonferenzen

April 1935
achfen)
r morgens
tag 7.33.
rets:
7.08.
ft
ilm
S
n?
:
na
d
:
ino
e 3 Uhr
Nacht
sthaus
ee 1-
chlochtrest
Nacht
ck'l
19
Zhiemig
Desperd.
2. Zürich
Bogen
072
T. 2.8003
Anzüge
- M. an
Kleider
is Modell
- M. an
Grünert
Str. 16.
1931-
Beren-
des ew.
inter 0319
Müller
schulen
Sitzbe 03
arbeiten.